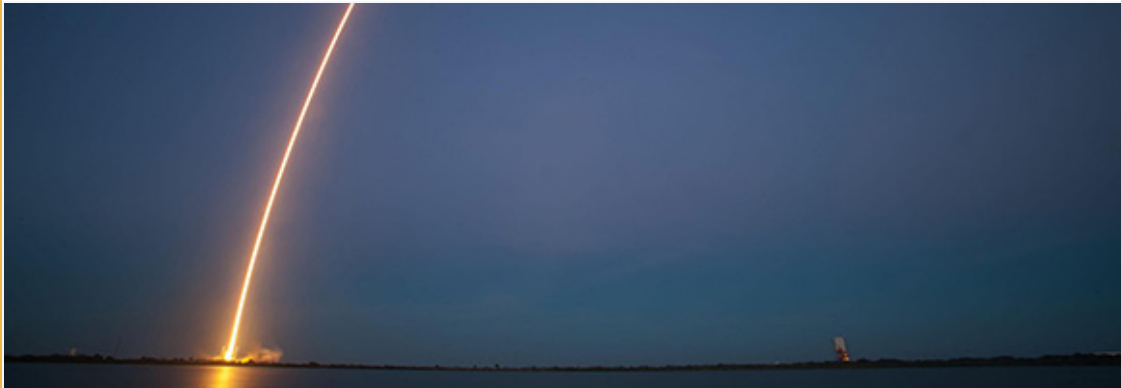


Die nukleare Abschreckung Frankreichs und Europa

[Amiral \(2S\) Bernard Rogel - 18 Nov 2025](#)

Nach dem Kalten Krieg hat Europa seine Verteidigungsbemühungen reduziert, und Frankreich hat eine minimale, aber glaubwürdige nukleare Abschreckung beibehalten. Das Wiederaufleben aggressiver Mächte und die Aushöhlung internationaler Verträge lassen die Bedeutung der Atomwaffen in einer zunehmend instabilen Welt wieder zunehmen. Allein durch ihre Existenz trägt die französische Abschreckung bereits zur Sicherheit Europas bei. Eine Vertiefung in Form einer "konzertierten" Abschreckung ist nur mit einem echten gemeinsamen strategischen Dialog der Europäer möglich.



[Neuigkeiten](#) | [Stiftung](#) | [Kommission](#) | [Parlament](#) | [Rat der Europäischen Union](#) | [Trilogie](#) |

[Diplomatie](#) | [Gerichtshof](#) | [Europäische Agenturen](#) | [Deutschland](#) | [Frankreich](#) | [Polen](#) |

[Schweiz](#) | [Ukraine](#) | [Berichte / Studien](#) | [Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ Neuigkeiten :



Deregulieren oder liberalisieren

Die Europäer lieben Regeln. Sie sind zu Recht der Meinung, dass das Gesetz, das für alle gleich ist, für das Leben in der Gesellschaft notwendig ist. Unsere verschiedenen Gesetzbücher werden immer umfangreicher. Unsere Nationen hören nicht auf, Gesetze zu erlassen, und die zweite demokratische Ebene, die wir mit der Europäischen Union geschaffen haben, findet darin ihren Ausdruck, da sie auf dem Recht basiert. Die Last der europäischen Vorschriften ist jedoch mitverantwortlich für den Produktivitätsverlust von 20 %, den Europa in den letzten 30 Jahren gegenüber den Vereinigten Staaten hinnehmen musste. Wenn die Union und unsere nationalen Regierungen sich bemühen würden, mehr langfristig zu denken, anstatt meist nach Modetrends zu handeln, würden sie es schaffen, das europäische Modell zu bewahren, ohne seine Industrie zu ruinieren, d. h. zu liberalisieren, ohne zu deregulieren, durch Anreize statt durch Zwang. [Fortsetzung](#)

■ Stiftung :



Auf dem Weg zu einem neuen Europa? Lesen Sie den "Schuman-Bericht"

Der "Schuman-Bericht über Europa, die Lage der Union" ist auf Französisch und Englisch verfügbar. Wie jedes Jahr enthält er wichtige Beiträge, bisher unveröffentlichte Karten und kommentierte statistische Studien zu Themen, die für die Europäische Union von großer Bedeutung sind: Erweiterungsperspektiven, Wettbewerbsfähigkeit Europas oder auch der Investitionsbedarf im Raumfahrtsektor. Bestellen Sie jetzt! [Fortsetzung](#)



Verfolgen Sie die Verwendung des Konjunkturprogramms NextGenerationEU

Am 12. November hat die Europäische Kommission den dritten Zahlungsantrag Finnlands in Höhe von 244,9 Millionen Euro positiv bewertet. Am 13. November hat sie den vierten Zahlungsantrag Litauens in Höhe von 514,5 Millionen Euro bewertet. Einzelheiten zum Konjunkturprogramm finden Sie auf der Website der Stiftung mit einer regelmäßig aktualisierten Karte. [Fortsetzung](#)

■ Kommission :



Wirtschaftsprognosen

Das jährliche Wachstum der Europäischen Union dürfte 2025 und 2026 bei 1,4 % liegen und sich dann 2027 auf 1,5 % beschleunigen, so die Herbstprognose der Europäischen Kommission vom 17. November. Darin wird darauf hingewiesen, dass das Wirtschaftswachstum in Europa in den ersten neun Monaten des Jahres die Erwartungen übertroffen hat, wobei das BIP stärker gewachsen ist als im Frühjahr prognostiziert. Es wurde durch einen Anstieg der Exporte vor den erwarteten Zollerhöhungen, aber auch durch dynamischere Investitionen in Ausrüstung und immaterielle Vermögenswerte als erwartet gestützt. Die Inflation dürfte 2025 weiter zurückgehen und im Euroraum auf 2,1 % sinken. In der Europäischen Union dürfte sie 2027 2,2 % erreichen. [Fortsetzung](#)



Schutzschild für die europäische Demokratie

Am 12. November stellte die Europäische Kommission den Schutzschild für die europäische Demokratie vor, der darauf abzielt, eine starke und widerstandsfähige Demokratie in der gesamten Union zu stärken, zu schützen und zu fördern. Außerdem wurde eine europäische Strategie für die Zivilgesellschaft vorgestellt. Der Schutzschild und die Strategie umfassen Maßnahmen zum Schutz der Freiheit der Menschen, freier und fairer Wahlen, unabhängiger Medien, einer dynamischen Zivilgesellschaft und starker demokratischer Institutionen. [Fortsetzung](#)



Kultureller Kompass für Europa

Am 12. November stellte die Europäische Kommission ihren kulturellen Kompass für Europa vor, der vier Schwerpunkte umfasst: Verteidigung und Stärkung der europäischen Werte und kulturellen Rechte; Stärkung der Rolle von Künstlern und Kulturschaffenden, begleitet von einer verstärkten Unterstützung des Publikums; die Nutzung von Kultur und Kulturerbe zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Widerstandsfähigkeit und des Zusammenhalts der Union; und schließlich die Förderung internationaler kultureller Beziehungen und Partnerschaften. [Fortsetzung](#)



Erster Jahreszyklus des Migrations- und Asylpakts

Am 11. November hat die Europäische Kommission einen Meilenstein bei der Umsetzung des im April 2024 verabschiedeten Migrations- und Asylpakts erreicht und den ersten Jahreszyklus der Migrationssteuerung eingeleitet. Dieser Zyklus erfasst die Migrationssituationen, mit denen die Mitgliedstaaten konfrontiert sind, und schlägt eine jährliche Solidaritätsreserve vor, die vom Rat verabschiedet werden muss. Er ist für die wirksame Umsetzung des Pakts ab Juni 2026 von entscheidender Bedeutung. [Fortsetzung](#)



Untersuchung der "Politik des Missbrauchs der Reputation der Website" durch Google

Am 13. November hat die Europäische Kommission eine Untersuchung wegen eines möglichen Verstoßes gegen die Rechtsvorschriften für digitale Märkte, durch Google, eingeleitet. Im Rahmen des Verfahrens soll geprüft werden, ob Google faire, angemessene und nichtdiskriminierende Zugangsbedingungen für die Websites von Verlagen in der Google-Suche anwendet, die seit Mai 2023 von der Europäischen Union vorgeschrieben sind. Die Untersuchung konzentriert sich auf Googles "Richtlinie gegen den Missbrauch des Rufs von Websites", die zur Herabstufung bestimmter Websites führt und deren Monetarisierung erheblich erschwert, sowie darauf, wie diese Richtlinie auf Publisher angewendet wird. [Fortsetzung](#)

■ Parlament :



Vereinfachung der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Sorgfaltspflicht

Am 13. November haben die Europaabgeordneten mit 382 Stimmen bei 249 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen ihre Verhandlungsposition zur Vereinfachung der Informationspflichten von Unternehmen in Bezug auf Nachhaltigkeit und Sorgfaltspflicht gebilligt. Im Bereich Nachhaltigkeit (CSRD) wären nur Unternehmen mit mehr als 1.750 Beschäftigten und einem Jahresnettoumsatz von über 450 Millionen Euro verpflichtet, einen Sozial- und Umweltbericht zu erstellen. Die Sorgfaltspflichten (CS3D) würden nur für große Unternehmen mit mehr als 5.000 Beschäftigten und einem Jahresnettoumsatz von über 1,5 Milliarden Euro gelten. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Reduzierung der Netto-Treibhausgasemissionen um 90 %

Am 13. November haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments einen Standpunkt zum Vorschlag der Kommission zur Änderung des europäischen Klimagesetzes verabschiedet. Darin wird ein neues verbindliches Zwischenklimaziel für die Europäische Union bis 2040 festgelegt: eine Reduzierung der Netto-Treibhausgasemissionen um 90 % gegenüber dem Stand von 1990. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Verstärkte Agentur für die Sicherheit im Seeverkehr

Am 13. November haben die Europaabgeordneten in zweiter Lesung den Standpunkt des Rates zur neuen Verordnung über die Europäische Agentur für die Sicherheit im Seeverkehr (EMSA) gebilligt. Diese Verordnung ersetzt die Verordnung aus dem Jahr 2002 und ermöglicht es, die Aufgaben, die Leitung und die Arbeitsweise der Agentur an die aktuellen Anforderungen im Bereich der Sicherheit im Seeverkehr anzupassen. Unter anderem wird sie sich aktiver an der Überwachung des Seeverkehrs beteiligen, insbesondere um verdächtige Aktivitäten wie das Abschalten des AIS von Schiffen, Schiff-zu-Schiff-Transfers und "Geisterflotten" aufzudecken. [Fortsetzung](#)



Strategie zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern

Am 13. November verabschiedeten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments eine Entschließung, in der die Prioritäten der künftigen Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern festgelegt wurden. Damit forderten sie die Kommission auf, die Maßnahmen der Union in diesem Bereich für den Zeitraum 2026-2030 zu verstärken. Diese Entschließung drängt auf eine ehrgeizigere und bereichsübergreifendere Strategie, wobei der Schwerpunkt verstärkt auf der wirksamen Anwendung von Normen und der Berücksichtigung der Geschlechterdimension in einer größeren Zahl von Politikbereichen liegt. [Fortsetzung](#)

■ Rat der Europäischen Union :



Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister

Am 13. November einigten sich die Wirtschafts- und Finanzminister darauf, gegen den starken Anstieg der Einfuhren von Paketen mit geringem Wert vorzugehen. Insbesondere haben sie die Regelung abgeschafft, wonach Waren mit einem Wert von weniger als 150 € zollfrei in die Europäische Union eingeführt werden können. Die Minister führten eine Orientierungsdebatte über die Überarbeitung der Richtlinie zur Energiebesteuerung. [Fortsetzung](#)



Tagung der Eurogruppe

Am 12. November befassten sich die Minister der Eurogruppe mit den globalen geopolitischen und technologischen Entwicklungen und berücksichtigten dabei die Jahrestagungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Sie diskutierten auch die politischen Prioritäten im Vorfeld der Empfehlungen für den Euroraum 2026. Schließlich tauschten die Minister ihre Standpunkte zum weiteren Vorgehen in Bezug auf Stablecoins im Rahmen des Projekts zum digitalen Euro aus. Die Stiftung hat gerade eine Studie zum digitalen Euro veröffentlicht. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



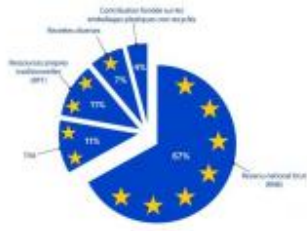
Verbesserung der Qualität und Effizienz von Stoffsicherheitsbeurteilungen

Am 13. November verabschiedeten die Minister das Gesetzespaket "Ein Stoff, eine Bewertung". Die neuen Vorschriften straffen den Ansatz der Europäischen Union bei der Bewertung von Chemikalien und verkürzen die Zeitspanne zwischen der Ermittlung eines potenziellen Risikos und den erforderlichen Regulierungsmaßnahmen. Das Maßnahmenpaket schafft eine neue gemeinsame Datenplattform, die von der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) verwaltet wird und als zentrale Anlaufstelle für Informationen über Chemikalien dienen soll. [Fortsetzung](#)



Sektorale Harmonisierung mit Großbritannien

Am 13. November hat der Rat die Kommission offiziell ermächtigt, Verhandlungen mit Großbritannien über ein Abkommen über einen gemeinsamen Gesundheits- und Pflanzenschutzraum aufzunehmen und die Systeme für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten (EHS) miteinander zu verknüpfen. [Fortsetzung](#)



Einigung über den Haushalt 2026

Am 15. November haben die Verhandlungsführer des Parlaments und des Rates vor Ablauf der Vermittlungsfrist eine vorläufige Einigung über den Haushalt der Europäischen Union für 2026 erzielt. Der Haushalt wird die Wettbewerbsfähigkeit und die Verteidigungsbereitschaft Europas stärken und den Migrationsdruck angehen, wobei sich die Verpflichtungsermächtigungen insgesamt auf 192,8 Mrd. EUR belaufen. Gleichzeitig wird der Haushalt die notwendige Flexibilität gewährleisten, um schnell und wirksam auf Bedürfnisse und Krisen reagieren zu können. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Bekämpfung unlauterer grenzüberschreitender Handelspraktiken

Am 12. November haben die Verhandlungsführer des Rates und des Europäischen Parlaments eine vorläufige Einigung zur Bekämpfung unlauterer grenzüberschreitender Handelspraktiken in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette erzielt. Die Einigung verbessert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Fällen, in denen Lieferanten und Käufer in verschiedenen Mitgliedstaaten ansässig sind, führt einen Mechanismus der gegenseitigen Amtshilfe ein und schafft außerdem einen Mechanismus für koordiniertes Vorgehen. [Fortsetzung](#)



Vereinfachung der europäischen Agrarvorschriften

Am 11. November haben sich die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments und des Rates auf eine Vereinfachung der Anforderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geeinigt. Die Vereinbarung sieht die Reduzierung bestimmter administrativer und regulatorischer Verpflichtungen vor: Flächen, die am 1. Januar 2026 als Ackerland gelten, können diesen Status behalten, auch wenn sie nicht bewirtschaftet wurden, Landwirte werden nicht mehrmals im selben Jahr amtlich kontrolliert, und die Beihilfeobergrenze für Kleinbauern wird angehoben. Der Abbau von Verwaltungsformalitäten könnte zu jährlichen Einsparungen von bis zu 1,6 Milliarden Euro für die Landwirte und mehr als 200 Millionen Euro für die Verwaltungen der Mitgliedstaaten führen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Gemeinsame Erklärung mit Kanada

Die am 11. November in Niagara verabschiedete gemeinsame Erklärung Kanadas und der Europäischen Union bekräftigte die Stärke der strategischen Partnerschaft zwischen beiden Seiten, die auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Multilateralismus basiert. Kanada und die Europäische Union bekunden darin ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Ukraine angesichts der russischen Aggression und ihre Bereitschaft, die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung und militärische Interoperabilität, insbesondere durch Industriepartnerschaften, zu verstärken. In der Erklärung wird auch die wirtschaftliche Komplementarität beider Seiten im Rahmen des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens hervorgehoben. Schließlich wird der Schwerpunkt auf die Verteidigung der regelbasierten internationalen Ordnung, die Reform multilateraler Institutionen und die Bekämpfung von Desinformation gelegt. [Fortsetzung](#)



Gemeinsame Erklärung der G7

Am 12. November bekräftigten die Außenminister der G7 ihre Unterstützung für die Ukraine, forderten einen sofortigen Waffenstillstand und verurteilten die militärische Hilfe mehrerer Staaten für Russland. Im indopazifischen Raum verurteilten sie die Zwangsmaßnahmen Chinas und verpflichteten sich, die maritime Sicherheit, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, die Energiesicherheit und die Zuverlässigkeit der Lieferketten für kritische Mineralien zu stärken. [Fortsetzung](#)

■ Gerichtshof :



Urteil zu angemessenen Mindestlöhnen

Am 11. November wies der Gerichtshof (EuGH) die Klage Dänemarks ab und bestätigte damit die Gültigkeit des größten Teils der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union. Dänemark hatte den Gerichtshof angerufen und die vollständige Aufhebung der Richtlinie beantragt, da es der Ansicht war, dass diese die Zuständigkeitsverteilung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten beeinträchtigt. Nach Ansicht Dänemarks würde die Richtlinie einen direkten Eingriff in die Festlegung des Arbeitsentgelts innerhalb der Union und in das Koalitionsrecht darstellen, die gemäß den Verträgen in die nationale Zuständigkeit fallen. [Fortsetzung](#)

■ Europäische Agenturen :



Rückgang der irregulären Einwanderungen laut Frontex

Am 12. November gab Frontex, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, bekannt, dass die irregulären Einreisen in die Europäische Union in den ersten zehn Monaten des Jahres 2025 um 22 % zurückgegangen sind, was 152 000 irregulären Einreisen entspricht. [Fortsetzung](#)

■ Deutschland :



Bericht des Sachverständigenrats "Wirtschaftsweisen"

Am 12. November legte der Sachverständigenrat seinen Bericht vor: "Neue Perspektiven für morgen schaffen – Chancen nicht verspielen". Dieser Bericht erscheint in einer Phase der Stagnation der deutschen Wirtschaft. Die Sachverständigen betonen die Notwendigkeit umfassender Reformen, um das Wachstum in Deutschland anzukurbeln. Der Bericht befasst sich auch mit der Bedeutung der Sicherung der Zukunft Europas durch die Vertiefung des Binnenmarktes und die Stärkung der Verteidigungskapazitäten und schlägt Maßnahmen zur Verringerung der Steuerlast für Unternehmen, zur Reform der Erbschaftssteuer und zum Abbau übermäßiger Bürokratie vor, die als wesentliche Faktoren für den Strukturwandel und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit angesehen werden. [Fortsetzung](#)

■ Frankreich :



Neue Weltraumstrategie

Am 12. November reiste der französische Präsident Emmanuel Macron nach Toulouse, um das Weltraumkommando (CDE) einzuweihen. Er nutzte diese Gelegenheit, um die nationale Weltraumstrategie (SNS) vor der Ministerkonferenz der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) am 26. und 27. November in Bremen und dem Weltraumgipfel, den Frankreich im Frühjahr 2026 organisieren wird, vorzustellen. Die Strategie umfasst fünf Kernpunkte: Zugang zum Weltraum, Überdenken des industriellen und kommerziellen Modells sowie der strategischen Kapazitäten, Verfolgung eines offensiveren Ansatzes und Wiederbelebung der europäischen Raumfahrt. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Gedenken an die Opfer der Anschläge von 2015

Am 13. November gedachte der französische Präsident Emmanuel Macron den Anschlägen vom 13. November 2015 in Saint-Denis und Paris. Dieser Tag sollte den Opfern, Verletzten und Überlebenden sowie allen Rettungskräften gewidmet sein. Zu diesem Anlass gedachten zahlreiche Institutionen gemeinsam mit Frankreich dieser Nacht. Die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, bekräftigte in ihrer Erklärung, dass das Parlament weiterhin entschlossen sei, den Terrorismus zu bekämpfen. Die Direktorin von Europol, Catherine de Bolle, bekräftigte das Engagement von Europol im Kampf gegen den Terrorismus. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)

■ Polen :



Polen vom EGMR "einstimmig" wegen Verletzung "des Rechts auf Privatsphäre" verurteilt

Am 13. November kam der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Fall A.R. gegen Polen zu dem Schluss, dass das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens verletzt wurde. Der Fall betraf die Einschränkungen des Rechts auf Abtreibung in Polen. [Fortsetzung](#)

■ Schweiz :



Die Schweiz tritt den Programmen der Union bei

Am 10. November unterzeichneten Bundesrat Guy Parmelin und EU-Kommissarin Ekaterina Zaharieva in Bern das Abkommen über die Programme der Europäischen Union (EUPA). Dieser Teil des Schweiz-EU-Pakets kann somit vorzeitig und provisorisch mit Rückwirkung auf den 1. Januar 2025 angewendet werden. Er ermöglicht die Assoziierung der Schweiz an "Horizon Europe", das Euratom-Programm und das Programm für ein digitales Europa und ebnet den Weg für eine Teilnahme an ITER, Erasmus+ und EU4 Health. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Ukraine :



Besuch des ukrainischen Präsidenten in Griechenland

Anlässlich des Besuchs des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Athen unterzeichneten die Ukraine und Griechenland am 16. November ein Abkommen über die Lieferung von Flüssigerdgas (LNG) nach Kiew zwischen dem griechischen Unternehmen DEPA und dem ukrainischen Unternehmen Naftogaz für den Winterzeitraum von Dezember 2025 bis März 2026. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Konferenz über Investitionen für den Wiederaufbau

Am 13. November bekräftigten die Europäische Union und die Ukraine auf der Investitionskonferenz in Warschau ihren Willen, ihre wirtschaftliche Partnerschaft zu stärken. Die Ukraine verpflichtet sich, die Reformen zu beschleunigen, um ein stabiles Geschäftsumfeld zu gewährleisten, während die Investoren auf regulatorische Vorhersehbarkeit und die einheitliche Anwendung der Vorschriften bestehen. Die Konferenz, die im Rahmen der ReBuild Ukraine Expo organisiert wurde, zog mehr als 5 000 ukrainische und internationale Teilnehmer an. [Fortsetzung](#)

■ Berichte / Studien :



Die Kosten des Brexits

Am 13. November veröffentlichte die Europäische Zentralbank (EZB) einen Bericht, in dem der Handel und die Investitionen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien seit dem Brexit analysiert werden. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass der Brexit erhebliche wirtschaftliche Kosten verursacht hat, vor allem durch das Entstehen nichttarifärer Handelshemmnisse (NTH) und den Anstieg der Handelskosten. Schätzungen zufolge sind die Exporte des Vereinigten Königreichs in die Europäische Union nach der Übergangsphase um 40 % zurückgegangen. Bis 2023 sind die gesamten ausländischen Direktinvestitionen (ADI) aus der Europäischen Union in Großbritannien um 3,9 % und diejenigen aus Großbritannien in die Union um 4 % zurückgegangen. [Fortsetzung](#)

Gesundheitsüberblick

Die OECD hat am 13. November ihren Gesundheitsüberblick veröffentlicht. Der Studie zufolge haben sich die Länder insgesamt von der Pandemie erholt, doch bestehen weiterhin große Herausforderungen. Insbesondere steigen die Adipositasraten in den meisten Ländern weiter an, während schädlicher Alkoholkonsum und Tabakkonsum sowohl bei Erwachsenen als auch bei Kindern nach wie vor große Probleme für die öffentliche Gesundheit darstellen. Und obwohl sich die Lebenserwartung erholt hat und wieder steigt, liegt sie in 13 Ländern im Jahr 2023 immer noch unter dem Niveau vor der Pandemie. [Fortsetzung](#)



Bericht über die weltweite Energieversorgung

Am 12. November veröffentlichte die Internationale Energieagentur ihren Bericht über die weltweite Energieversorgung. Sie geht davon aus, dass die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen bis 2030 weiter steigen wird. Die Nachfrage nach Kohle und Öl wird stagnieren, während die Nachfrage nach Erdgas weiter steigen wird. Der weltweite Strombedarf wird aufgrund der KI-Branche bis 2035 um 40 % steigen. Heute leben noch etwa 730 Millionen Menschen ohne Strom, und dieses Problem dürfte bis 2035 nicht gelöst sein. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Kultur :



"Miró und die Vereinigten Staaten" in Barcelona

Bis zum 22. Februar 2026 zeigt die Stiftung Joan Miró in Barcelona die Ausstellung "Miró und die Vereinigten Staaten". Diese Ausstellung präsentiert einen generationsübergreifenden Dialog zwischen Joan Miró und mehreren weltbekannten Künstlern. Sie veranschaulicht, wie sich ihre kreativen Praktiken gegenseitig bereichert und zur Entwicklung der Kunst des 20. Jahrhunderts beigetragen haben. Die Ausstellung zeigt mehr als 130 Werke aus amerikanischen und europäischen Sammlungen sowie aus der persönlichen Sammlung von Joan Miró. [Fortsetzung](#)



"Ports en vue" in Le Havre

Bis zum 5. April 2026 zeigt das MuMa-Museum in Le Havre die Ausstellung "Ports en vue". Diese Ausstellung ist als Spaziergang durch die Hafenlandschaften von Raoul Dufy bis Pierre et Gilles konzipiert. Rund 120 Werke bilden den Rundgang dieser Ausstellung über Häfen, die Reiseversprechen, aber vor allem Arbeitsorte sind. Die Hafenlandschaft ist von Natur aus in Bewegung und verändert sich ständig, um sich den Anforderungen des Seeverkehrs anzupassen. [Fortsetzung](#)



Francesco Hayez in Mailand

Bis zum 13. Dezember beherbergen die historischen Säle des Palazzo Borromeo d'Adda die Ausstellung "Hayez und seine Zeit". Dieses Projekt rückt das Mailand von Manzoni und Verdi, einen Kreuzpunkt der Leidenschaften, Ideen und Kunst, wieder in den Mittelpunkt der Kulturszene. Die Ausstellung möchte die Stadt als Hauptstadt der italienischen Romantik würdigen und feiert die Zeit, in der Malerei, Musik und Literatur in einer gemeinsamen Sprache der Emotionen und Modernität miteinander kommunizierten. [Fortsetzung](#)



Roger Fry in Charleston

Bis zum 15. März 2026 zeigt das Charleston Museum die Ausstellung Roger Fry. Es ist die erste große Ausstellung seit über 25 Jahren, die Roger Fry als Maler gewidmet ist und einen weniger bekannten Aspekt einer der einflussreichsten Figuren der britischen Kunst des 20. Jahrhunderts beleuchtet. Er spielte eine entscheidende Rolle bei der Einführung des Postimpressionismus in England. [Fortsetzung](#)



Vittore Carpaccio in Berlin

Bis zum 6. April 2026 zeigt die Gemäldegalerie in Berlin die Ausstellung "Hommage an Vittore Carpaccio". Diese Ausstellung präsentiert das Gemälde "Grabbereitung Christi" in seinem thematischen und künstlerischen Kontext und stellt es anderen Werken gegenüber. Zwei unschätzbare Stücke, die vom Kupferstichkabinett ausgeliehen wurden, sind ausgestellt: eine Vorbereitungsskizze von Carpaccio, die den toten Christus darstellt, und ein Stich von Andrea Mantegna, der den venezianischen Maler inspirierte. [Fortsetzung](#)

MUZEUM

museum
of modern c
in warsaw

"Feminine Frage" in Warschau

Bis zum 3. Mai 2026 ist die Ausstellung "Feminine Frage 1550-2025" im Museum für Moderne Kunst in Warschau zu sehen, die das nachhaltige und dynamische Schaffen von Frauen in den letzten 500 Jahren beleuchtet. Sie umfasst fast 200 Werke – von aktuellen Kreationen bis hin zu Gemälden von Künstlern der Renaissance, des Barock und des 19. Jahrhunderts – und bietet eine visuelle Geschichte der "Emanzipation" der Frauen über mehrere Jahrhunderte hinweg. [Fortsetzung](#)

MODERNA MUSEET

Picasso in Stockholm

Bis zum 5. April 2026 zeigt das Moderna Museet in Stockholm die Ausstellung "Late Picasso". Der letzte Abschnitt der Karriere des Künstlers ist von einer unermüdlichen Intensität geprägt. Die Ausstellung präsentiert rund fünfzig Werke, die zwischen 1963 und 1972 entstanden sind. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :

 19/11/2025

Kooperationsrat mit Tadschikistan (Brüssel)

 20/11/2025

Rat Auswärtige Angelegenheiten (Brüssel)

 20-21/11/2025

Indopazifisches Forum Treffen mit der ASEAN (Brüssel)

 22-23/11/2025

G20 Gipfel (Johannesburg)

 24/11/2025

Rat Handel (Brüssel)

 24-25/11/2025



24-27/11/2025

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (Straßburg)



Der Buchstabe n°1132

PDF

auf Deutsch -- Ausgabe von Dienstag 18. November 2025

↓ Ich lade
runter

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



👍 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Helen Levy ;

**Catherine d'Angelo, Clément Ramey,
Maria Skowronska, Jean Pedurthe**

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

Chefredakteur :

Juliette Bachschmidt

Publikationschef :

Pascale Joannin

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}